



1. Potsdamer Armutskonferenz mit positivem ersten Fazit

Ergebnisse fließen in die kommunale Armutspräventionsstrategie ein

11.09.2025

Fachinformation

Auf Einladung der Landeshauptstadt Potsdam fand am 9. September 2025 die 1. Potsdamer Armutskonferenz im Treffpunkt Freizeit statt. Rund 160 Teilnehmende aus Verwaltung, Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Trägerlandschaft nutzten die Gelegenheit, um Impulse zu setzen. Brigitte Meier, Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, zog ein positives Fazit: „Die Konferenz hat gezeigt, dass es in Potsdam eine große Bereitschaft gibt, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Armutsprävention erfordert Zusammenarbeit, Kreativität und einen langen Atem“. Auch Uta Kitzmann, Fachbereichsleiterin Soziales und Inklusion, betonte: „Mit der Konferenz haben wir einen Raum für Austausch, Beteiligung und Orientierung geschaffen – und die Grundlage gelegt für eine nachhaltige Strategie, die Kinder, Familien und alle armutsgefährdeten Gruppen in den Blick nimmt. Wir freuen uns, das in den kommenden zwei Jahren fortzuführen.“

Die Konferenz bildete den Auftakt eines stadtweiten Beteiligungsprozesses, mit dem eine kommunale Armutspräventionsstrategie erarbeitet werden soll. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen sowohl Fachinputs als auch Werkstattgespräche, in denen zentrale Fragen diskutiert wurden. Erarbeitet wurden hierbei unter anderem sechs Hauptausrichtungen, die das Projekt in Zukunft fokussieren sollte:

1. **Armutsensible, effizientere und effektivere Bearbeitung von pflichtigen Leistungen in der Verwaltung:** „Gelder müssen schneller und unbürokratischer an diejenigen verteilt werden, denen sie zustehen“, so eine Teilnehmerin aus der Stadtverordnetenversammlung. Auch eine Entbürokratisierung und die Vereinfachung von Antragsprozeduren wurden hier angesprochen.
2. **Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierungskampagnen:** Das Zusammentreffen der unterschiedlichen Akteure hat vor allem gezeigt, dass es bereits eine Vielzahl von Angeboten in Potsdam gibt. Diese müssen jedoch bekannter gemacht werden. Zudem sollte Sensibilisierung für Armutsbetroffenheit in der gesamten Stadtgesellschaft stattfinden. „Hier könnte man bereits im frühkindlichen Alter viel für die Zukunft bewirken“, so eine Mitarbeiterin des Jugendamtes im Hinblick auf die Rolle von Kitas und Schulen.
3. **Armutsbewusste Ressourcenverteilung:** Gerade in Zeiten knapper Haushaltskassen müsse eine armutsfokussierte Verteilung der bestehenden Gelder durch die Politik ermöglicht werden, so die Meinung vieler Konferenzteilnehmenden. Hierbei seien vor allem die Förderung von bezahlbarem Wohnraum, sowie die Absicherung bereits bestehender Angebote zu beachten. „Man muss sich auch anschauen, wie Gelder verteilt werden. Ob das Gießkannenprinzip immer die beste Wahl ist, weiß ich nicht“, so ein Teilnehmer aus der Trägerlandschaft.
4. **Synergien schaffen und Doppelstrukturen vermeiden:** Gleichzeitig wurde gefordert bereits bestehende Angebote auf deren Wirksamkeit zu prüfen, Doppelstrukturen zu hinterfragen und Zusammenschlüsse zu erwirken. „Hier könnten viele Ressourcen frei werden, gerade auch im Zusammenhang mit KI und anderen Hilfsmitteln“, hieß es aus einer Arbeitsgruppe.
5. **Übergreifender Netzwerkaufbau und gemeinsame Haltung:** Gelingen könne dies nur durch eine nachhaltige Vernetzung und eine gemeinsame Haltung. „Armutsprävention muss ein überstädtisches Ziel sein“, wurde auf einem Workshop-Plakat vermerkt.
6. **Einbindung der Zivilgesellschaft:** Auch die sensible Einbindung der Zivilgesellschaft und armutsbetroffener Personen sei unabdingbar, vor allem auch um eine

umfassende Datenlage zu erhalten. Vorgeschlagen wurden hier unter anderem Veranstaltungen zur Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung und mobile Angebote vor Ort, eine stärkere Förderung des Ehrenamts sowie qualitative Befragungen.

Diese Impulse sollen nun in die Erarbeitung einer kommunalen Armutspräventionsstrategie fließen. Eine besondere Herausforderung, so die kommunale Fachkoordinatorin für Armutsprävention, Julia Baumann, sei es Möglichkeiten der Prävention zu finden und nicht erst steuernd anzusetzen, wenn Menschen schon in Armut lebten. Hier müsse man vor allem auch die Folgen vor Armut im Blick behalten und Präventionsketten stärken. Teil des Projektes soll unter anderem ein kommunales Fachnetzwerk, ein „Bündnis gegen Armut“, sein. Weitere Beteiligungsformate sind für 2026 vorgesehen, ebenso wie die Erarbeitung eines Armutspräventionskonzeptes, dass der Stadtverordnetenversammlung 2027 zur Abstimmung vorgelegt werden soll.

Organisiert wurde die Veranstaltung im Treffpunkt Freizeit vom Fachbereich Soziales und Inklusion, gefördert durch ESF+ Förderprogramms „Stark vor Ort: Soziale Integration von armutsbedrohten Kindern und ihren Familien“. Die Armutsgefährdungsquote in Potsdam liegt bei 15,8 Prozent und damit leicht über dem Landesdurchschnitt (15,0 Prozent) (Bürgerumfrage 2023). Besonders betroffen sind Alleinerziehende, Menschen mit Behinderung, Erwerbslose und Personen mit Migrationshintergrund. Potsdam zeichnet sich vor allem durch eine besonders ungleiche Verteilung von Armut in den Stadtteilen aus.

Quelle: Landeshauptstadt Potsdam/Der Oberbürgermeister

<https://bbu.de/beitraege/1-potsdamer-armutskonferenz-mit-positivem-ersten-fazit>